

THEMEN 07

„Bildung und Kultur“ – Daten zum größten Themenbereich von Volksbegehren in den deutschen Bundesländern

12. Dezember 2012

Autor: Frank Rehmet

frank.rehmet@mehr-demokratie.de

Mehr Demokratie e. V.
Tempelhof 3
74594 Kreßberg

Telefon 07957-9239050
Fax 07957-9249992
info@mehr-demokratie.de

Inhalt

- I. **Einleitung** 3

- II. **Daten zu Volksbegehren und Volksentscheiden
in den deutschen Bundesländern** 3

I. Einleitung

Eine der wichtigsten Themenfelder der direktdemokratischen Praxis auf Landesebene in Deutschland ist die Bildungs- und Kulturpolitik. Dies belegen die seit 2000 jährlich herausgegebenen Volksbegehrensberichte von Mehr Demokratie e. V (<http://www.mehr-demokratie.de/rankings-berichte.html>).

Dies überrascht insofern nicht, als die Bildungs- und Kulturpolitik eine der Kernkompetenzen der deutschen Bundesländer im Rahmen des Föderalismus' darstellt. Hinzu kam jedoch in den letzten Jahren dass sich die Bildungspolitik und Kulturprojekte seit einigen Jahren verstärkt einem Spardruck der öffentlichen Haushalte gegenüber sahen, was zu – unter anderem auf direktdemokratischen Terrain ausgetragenen – Konflikten geführt hat.

Das vorliegende Papier soll zeigen, in welchen Ländern zu welchen Fragestellungen Volksinitiativen und Volksbegehren im Bildungs- und Kulturbereich initiiert wurden, wer Initiator und Unterstützer war und welche Ergebnisse die direktdemokratischen Verfahren hatten. Da unverbindliche Volkspetitionen nicht als direktdemokratische Verfahren klassifiziert werden, wurden sie bei der Darstellung nicht mit berücksichtigt.

II. Daten zu Volksbegehren und Volksentscheiden in den deutschen Bundesländern

Zunächst soll ein Überblick über die Gesamtzahl sowie die Verteilung nach Verfahrensarten gegeben werden

Tabelle 1: Übersicht Themenbereich „Bildung und Kultur“ in den deutschen Bundesländern (Stand: 12. Dezember 2012)

Verfahrenstyp	Gesamtzahl Verfahren	Themenbereich Bildung und Kultur (Anzahl)	Themenbereich Bildung und Kultur (Prozent)
Obligatorisches Verfassungsreferendum	20	1	5,0
Sonderabstimmung	8	1	12,5
Volksgesetzgebung	277	76	27,4
Gesamt	305	78	25,6

Anmerkung: Keine Berücksichtigung fanden unverbindliche Volkspetitionen sowie die 12 Referenden zur Landesverfassung

Die Auswertung ergab, dass 78 von 305 direktdemokratische Verfahren zum Thema „Bildung und Kultur“ stattfanden (25,6 Prozent).

Die folgende Auflistung dieser 78 Verfahren illustriert die inzwischen vielfältige Praxis in den deutschen Bundesländern.

*Tabelle 2: Volksbegehren und Volksentscheide zum Themenbereich „Bildung und Kultur“ in den deutschen Bundesländern (Stand: 12. Dezember 2012)
Abkürzungen: VB = Volksbegehren, VE = Volksentscheid*

Beginn	Bundesland	Thema	Initiatoren und Unterstützende	Ergebnis
1947	Rheinland-Pfalz	Artikel 20 Landesverfassung (Schule); (<i>Sonderabstimmung bei Verfassungsreferendum</i>)	-	Vorlage im VE angenommen
1966	Bayern	Christliche Gemeinschaftsschule (FDP-Entwurf)	FDP	VB erreicht zu wenig Unterschriften
1967	Bayern	Christliche Volksschule (CSU-Entwurf)	CSU	Vorlage im VE abgelehnt
1967	Bayern	Schulartikel - Christliche Gemeinschaftsschule (SPD-/FDP-Entwurf)	SPD, FDP	Vorlage im VE abgelehnt
1968	Bayern	Christliche Gemeinschaftsschule (<i>obligatorisches Verfassungsreferendum</i>)	CSU, SPD, FDP	Vorlage im VE angenommen
1976	Bayern	„Lernmittelfreiheit (1)“: Gegen Sparmaßnahmen im Schul- und Ausbildungsbereich	„Bürgerkomitee Lernmittelfreiheit“, unterstützt von SPD und GEW	Teilerfolg ohne VE
1977	Bayern	„Lernmittelfreiheit (2)“: Verankerung der Lernmittel- und Schulwegekostenfreiheit in der Verfassung	„Bürgerkomitee Lernmittelfreiheit“, unterstützt von SPD und GEW	VB erreicht zu wenig Unterschriften
1978	NRW	Gegen kooperative Schule	Elternverein, Landeselternschaft, Gymnasien, CDU u. a.	VB wird vom Parlament übernommen
1982	Saarland	Für ein freiwilliges 10. Hauptschuljahr	Landesarbeitsgemeinschaft	Antrag wird vom Parlament übernommen
1982	NRW	„Getrennte Schulklassen für deutsche und ausländische Schulkinder“: für restriktive Ausländerpolitik	Bürgerinitiative „Ausländerstopp“	Unzulässig
1985	Bremen	Gegen Verlegung und Auflösung von Schulen und Schulstufen	Elternverbände, CDU	Unzulässig
1986	Saarland	Gegen Schulschließungen	Aktionsgemeinschaft „Rettet die Schulen“, CDU, FDP	Unzulässig
1993	Sachsen	Für Schulgesetznovelle	Eltern, BI	Unzulässig
1994	Sachsen	„Schulgesetz“ (u.a. für kleinere Klassen)	Landeselternrat (LER) u. a.	VB erreicht zu wenig Unterschriften
1994	Bayern	Klassengröße „keine Klasse über 30“	GEW, Eltern, Lehrerverband u. a.	Unzulässig
1994	Bayern	„Bessere Schule“ - für Dezentralisierung und Kompetenzverlagerung	Aktionsbündnis: GEW u. a.	Unzulässig
1995	Mecklenburg-Vorpommern	Chancengleichheit für Kinder bei der Förderung in einer Kindertageseinrichtung		Rückzug, gescheitert

Beginn	Bundesland	Thema	Initiatoren und Unterstützende	Ergebnis
1996	Bayern	„Für Religionsfrieden in der Schule“		Antrag erreicht zu wenig Unterschriften
1996	Brandenburg	Für Förderung der Jugendarbeit		Antrag erreicht zu wenig Unterschriften
1996	Bremen	Für Erhaltung und Schaffung von Schulräumen	Aktionsbündnis: Zentralelternbeirat, Bündnis 90/Die Grünen und andere	Unzulässig
1996	Brandenburg	Für Förderung von Musikschulen (1)		VB wird abgebrochen, gescheitert
1996	Bremen	Lernmittelfreiheit: Verbesserung der Lehr- und Lernmittelsituation	Aktionsbündnis: Zentralelternbeirat, Bündnis 90/Die Grünen und andere	VB erreicht zu wenig Unterschriften
1996	Bayern	Gegen die Rechtschreibreform	WIR gegen die Rechtschreibreform	Antrag wird nicht eingereicht
1997	Sachsen	Gegen die Rechtschreibreform	WIR gegen Rechtschreibreform	Rückzug, gescheitert
1997	Bremen	Unterrichtsversorgungsgesetz: Bessere Unterrichtsversorgung: Für mehr Lehrer	Aktionsbündnis: Zentralelternbeirat, Bündnis 90/Die Grünen und andere	Unzulässig
1997	NRW	Gegen die Rechtschreibreform	WIR gegen Rechtschreibreform	Antrag wird nicht eingereicht
1997	Niedersachsen	Gegen die Rechtschreibreform	WIR gegen die Rechtschreibreform	VB erreicht zu wenig Unterschriften
1997	Mecklenburg-Vorpommern	Gegen Schließung des Studiengangs Zahnmedizin und der Zahnklinik in Rostock		Rückzug, gescheitert
1997	Schleswig-Holstein	Gegen die Rechtschreibreform	WIR gegen die Rechtschreibreform	Vorlage im VE angenommen
1997	Baden-Württemberg	Gegen die Rechtschreibreform	WIR gegen die Rechtschreibreform	Antrag wird nicht eingereicht
1997	Schleswig-Holstein	„Schule in Freiheit“ - weitgehende Selbstverwaltung der Schulen	Aktion mündige Schule - Schule in Freiheit	Unzulässig
1998	Bremen	Gegen die Rechtschreibreform	WIR gegen die Rechtschreibreform	VB erreicht zu wenig Unterschriften
1998	Berlin	Gegen die Rechtschreibreform	BVR Berliner Verein für deutsche Rechtschreibung und Sprachpflege e.V.	VB erreicht zu wenig Unterschriften
1999	Niedersachsen	Erhalt des Kindertagesstättengesetzes - „Keine Kürzung bei den Kurzen“	Aktionsbündnis: Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Gewerkschaften	VB wird vom Parlament übernommen
1999	Brandenburg	Für Förderung von Musikschulen (2)	Landesverband der Musikschulern, PDS	Teilerfolg ohne VE
1999	Bayern	Gegen die Rechtschreibreform (2)	WIR gegen Rechtschreibreform	Antrag wird nicht eingereicht
1999	Bremen	Gegen die Rechtschreibreform	WIR gegen Rechtschreibreform	Rückzug, gescheitert

Beginn	Bundesland	Thema	Initiatoren und Unterstützende	Ergebnis
1999	Mecklenburg-Vorpommern	Für Wiedereinrichtung des Studiengangs Zahnmedizin und den Erhalt der Zahnklinik an der Univ. Rostock		Antrag wird vom Parlament übernommen
1999	Bayern	„Die bessere Schulreform“, für Alternativmodell	Aktionsbündnis Elternverband, Lehrerverband BLLV u. a.	VB erreicht zu wenig Unterschriften
1999	Mecklenburg-Vorpommern	„Wir stoppen die Rechtschreibreform“	WIR gegen Rechtschreibreform	Rückzug, gescheitert
2000	Brandenburg			
2000	Sachsen-Anhalt			
2001	Sachsen	„Zukunft braucht Schule“	Aktionsbündnis: Verdi, GEW, SPD, PDS, Bündnis 90/Die Grünen u. a.	Teilerfolg ohne Volksentscheid
2002	Brandenburg	Volksinitiative gegen die Fusion von ORB und SFB	Kommunalpolitiker, Vertreter von Kultur und Medien, PDS	Rückzug, gescheitert
2002	Schleswig-Holstein	„Bildungswüste Grundschule“, Für die Festlegung einer Mindeststundenzahl für den Unterricht an Grundschulen	Aktionsbündnis: Elterninitiative, unterstützt von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen	unzulässig
2002	Niedersachsen	Gegen Unterrichtsausfälle	Die Republikaner	Antrag auf VB erreicht zu wenig Unterschriften
2003	Hamburg	„Bildung ist keine Ware“: Gegen Privatisierung der Berufsschulen	Aktionsbündnis: GEW, attac, Elternkammer, DGB und andere	Antrag wird vom Parlament übernommen
2003	Hamburg	„Volxuni - Rettet die Bildung“	AStA der Hochschule für Wissenschaft und Politik (HWP)	Unzulässig
2003	Berlin	Volksbegehren zur „Sicherstellung von Kita-, Schul- und Hochschulstudienplätzen“	Studenten (der TU Berlin)	Antrag auf VB erreicht zu wenig Unterschriften
2005	Bayern	Volksbegehren „G 9 - für den Erhalt des 9-jährigen Gymnasiums“	Aktionsbündnis (Eltern, Schüler und Lehrer)	VB erreicht zu wenig Unterschriften
2005	Saarland	Volksbegehren „Rettet die Grundschulen im Saarland“	Aktionsbündnis: DGB, Lehrerverband, SPD, Landesjugendring u. a.	Unzulässig
2005	Saarland	Unzulässig „Rettet die Grundschulen im Saarland“ (2)	Aktionsbündnis: DGB, Lehrerverband, SPD, Landesjugendring	Unzulässig
2006	Mecklenburg-Vorpommern	Für ein neues Schulgesetz	Landeselternrat	VB erreicht zu wenig Unterschriften
2006	Sachsen	„Kurze Wege für kurze Beine“ Für wohnortnahe Schulen mit kleinen Klassen.	Aktionsbündnis: „Zukunft braucht Schule“	Antrag auf VB erreicht zu wenig Unterschriften
2006	Schleswig-Holstein	Für den Erhalt und Ausbau der Autonomie der schleswig-holsteinischen Universitäten	Studenteninitiative	Antrag auf VB erreicht zu wenig Unterschriften

Beginn	Bundesland	Thema	Initiatoren und Unterstützende	Ergebnis
2006	Schleswig-Holstein	Für den Erhalt eines gebührenfreien Studiums	Studenteninitiative	Antrag wird vom Parlament übernommen
2006	Mecklenburg-Vorpommern	Pro Jura - Gegen die Schließung des Studienganges Rechtswissenschaften an der Uni Rostock	Studenteninitiative	Gescheitert, Rückzug
2007	Berlin	„Museumsinsel“ - gegen Neubau auf der Berliner Museumsinsel	Aktionsbündnis „Rettet die Museumsinsel“	Teilerfolg
2007	Berlin	„Pro Reli“: Für Einführung eines Wahlpflichtfaches Ethik/Religion an Berliner Schulen	Aktionsbündnis: Verein „Pro Reli“, beide großen Kirchen, CDU, FDP, u. a.	Gescheitert im Volksentscheid
2007	Berlin	„Für offene und demokratische Hochschulen“	Aktionsbündnis: „Bündnis für freie Bildung“, DIE LINKE, attac, Jusos, u. a.	Antrag auf VB erreicht zu wenig Unterschriften
2007	Schleswig-Holstein	Für eine kostenlose Beförderung der Schüler zur Schule	Aktionsbündnis: Eltern u. a.	Antrag wird vom Parlament übernommen
2007	Schleswig-Holstein	Für eine gemeinsame Schule für Alle	Aktionsbündnis: DIE LINKE, Grüne Jugend u. a.	Antrag auf VB erreicht zu wenig Unterschriften
2007	Hamburg	„Eine Schule für Alle“: Gegen geplantes Schulmodell	Aktionsbündnis: Gewerkschaften, Grüne, Eltern, Lehrer und Schüler	VB erreicht zu wenig Unterschriften
2007	Berlin	Historische Mitte Berlin - gegen die Zerstörung historischer Bausubstanz in Berlin-Mitte	Gesellschaft Historisches Berlin	Antrag wird vom Parlament übernommen
2007	Schleswig-Holstein	„Für die Erhaltung der Realschule“	Landesverband der Deutschen Realschullehrer	VB erreicht zu wenig Unterschriften
2008	Berlin	„Kitakinder + Bildung von Anfang an = Gewinn für Berlin“ - für mehr Betreuungspersonal in Kindertagesstätten	Aktionsbündnis: Elternverband u. a.	Antrag wird vom Parlament übernommen
2008	Hamburg	„Wir wollen lernen“ für den Erhalt des Elternwahlrechts und der weiterführenden Schulen ab Klasse 5	Aktionsbündnis: Lehrerverbände, Eltern, Lehrkräfte, Schulleitungen, FDP	Erfolgreich im Volksentscheid
2009	Brandenburg	„Musische Bildung für alle“	Musikschul-Verband	Teilerfolg ohne Volksentscheid
2009	Berlin	„Anspruch auf freien Zugang zu Bildungseinrichtungen“	Verein: Volksgesetzgebung e.V.	Antrag auf VB erreicht zu wenig Unterschriften
2009	Hamburg	„Lebendiges und kreatives Gängeviertel“, Nutzung von Wohnraum durch Künstler	Künstler-Initiativen, Einzelpersonen	Antrag auf VB erreicht zu wenig Unterschriften
2009	Niedersachsen	„Für gute Schulen in Niedersachsen“ - Gegen Verkürzung der Schulzeit von 13 auf zwölf Jahre	Aktionsbündnis: Elternvertreter, Gewerkschaften und Oppositionsparteien	VB erreicht zu wenig Unterschriften

Beginn	Bundesland	Thema	Initiatoren und Unterstützende	Ergebnis
2010	Berlin	„Grundschulkinder, leben und lernen in der Ganztagschule, 1+ für Berlin“: Für Ausbau der Hortbetreuung	Aktionsbündnis: Landeselternausschuss Kindertagesstätten (LEAK) u. a.	Antrag auf VB erreicht zu wenig Unterschriften
2010	Hamburg	„(Früh-)kindliche Bildung ist ein Grundrecht“: Für Verbesserungen in der Kinderbetreuung	Aktionsbündnis:, Eltern-Verband, Eltern, SPD-Fraktion, Vereine	Antrag wird vom Parlament übernommen
2010	Schleswig-Holstein	„Für Schulfrieden bis 2013“ - gegen Schulreformen	Aktionsbündnis: Landeselternbeirat, Eltern u. a.	Rückzug
2011	Hamburg	„Altonaer Museum bleibt“ - Gegen Schließung	Aktionsbündnis, u. a. Bürgerinitiative	Antrag wird vom Parlament übernommen
2011	Berlin	„Freie Zulassung zum Masterstudium“ (1)	Gruppe von Studierenden	Rückzug
2011	Brandenburg	„Schule in Freiheit“ - Gegen Pläne der Landesregierung, die Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft zu kürzen	Aktionsbündnis, u. a. OMNIBUS für Direkte Demokratie, Wohlfahrtsverband u. a.	Rückzug
2011	Bayern	„Gegen Studiengebühren in Bayern“	Piratenpartei Bayern	Offen
2011	Bayern	„Nein zu Studienbeiträgen in Bayern!“	Aktionsbündnis: Freie Wähler, SPD, Grüne u. a.	Offen
2011	Berlin	„Freie Zulassung zum Masterstudium“ (2)	Gruppe von Studierenden	Offen
2011	Mecklenburg-Vorpommern	„Theater und Orchester sind unverzichtbar“	Aktionsbündnis, u. a. LINKE, ver.di, Künstler, weitere Einzelpersonen	Offen
2012	Brandenburg	„Hochschulen erhalten“ - gegen Universitätsfusion in der Lausitz	Aktionsbündnis, u. a. Studenten, Mitarbeiter der Uni Cottbus	Offen

Abkürzungen: VB = Volksbegehren, VE = Volksentscheid

Erfolgreich = Im Sinne der Initiatoren

Quelle: Datenbank Volksbegehren von Mehr Demokratie e. V.

Betrachtet man abschließend noch, in welchen Bundesländern die meisten Verfahren stattfanden, so stehen Bayern mit 16, Berlin mit elf und Schleswig-Holstein mit neun Anträgen auf Volksbegehren/Volksinitiativen an der Spitze der Bundesländer.